



Harald Kuhn  
Vorsitzender des IBS

## Strukturreform vor die Wand gefahren?

Eine Kernaussage von Bildungssenator Zöllner zur Strukturreform der Berliner Schule lautet:

Die neuen Sekundarschulen bieten einen dem Gymnasium gleichwertigen Bildungsgang an. Um dies möglich zu machen, können die Sekundarschulen an geeigneten Standorten eigene Oberstufen

aufbauen. Im Gegenzug sollte am Gymnasium das Probehalbjahr abgeschafft und das sog. „Abschulen“ nicht mehr möglich sein.

Für große Überraschung sorgte deshalb eine Entscheidung des Schulse-nators zu dem neuen Aufnahmeverfahren am Gymnasium vom 26. Mai 2009, dem zufolge das Probehalbjahr nicht, wie verkündet, abgeschafft, sondern durch ein Probejahr ersetzt werden soll. Gleichzeitig werden die Zugangsvoraussetzungen zum Gymnasium nicht wie erwartet verschärft, sondern gegenüber der bisherigen Praxis weitgehend liberalisiert. Die bisherige Bildungsgangempfehlung der Grundschule soll durch ein unverbindliches Beratungsgespräch ersetzt werden. Sollte es mehr Anmeldungen als Plätze geben, kann der Schulleiter 60 Prozent der Schüler nach dem Kriterium „Schulprofil“ selbst aufnehmen, 30 Prozent der Plätze werden verlost und 10 Prozent bleiben den sog. Härtefällen vorbehalten. Nach dem Probejahr werden überforderte Schüler an die Sekundarschulen „abgeschult“. Damit wird die Sekundarschule zur ersten Adresse für eine eher leistungsschwächere Schülerklientel, zumal sich die in Aussicht gestellte Oberstufe standortbedingt nur an den wenigsten Sekundarschulen einrichten lassen wird. Statt auch juristisch problematischer Losverfahren wäre mit der Anwendung reiner Leistungskriterien beim gymnasialen Aufnahmeverfahren sowohl dem Gymnasium als auch der Sekundarschule sicher besser gedient. Das jetzt gewählte „Zöllner-Verfahren“ legt hingegen die Vermutung nahe, dass nicht etwa pädagogische Kriterien ausschlaggebend waren, sondern vielmehr die Frage nach dem geringsten zu erwartenden politischen Widerstand.

Darüber hinaus weist man der Sekundarschule noch die gigantische Aufgabe zu, das neue Zauberwort von der „Inklusion“ in der pädagogischen Arbeit umzusetzen. Gemeint ist die individuelle Förderung eines jeden Schülers bis zum erfolgreichen Schulabschluss. Dabei sind Schüler mit erheblichen Defiziten im Bereich Lernen oder auch bei „emotional-sozial“ abweichendem Verhalten ausdrücklich nicht ausgenommen. Um dies in der täglichen Unterrichtspraxis realistisch erscheinen zu lassen, wird für die Sekundarschule eine Klassenfrequenz von 25 als Richtwert angegeben. Dabei hat der Schulsenator offenbar bewusst darauf verzichtet, eine maximale Obergrenze von 25 festzuschreiben zu lassen. Damit stellt die Zahl 25 lediglich eine Durchschnittsfrequenz dar, die vom Schulträger in den Bezirken um jeweils mindestens drei Schüler aufgestockt wird. Der IBS wird sich künftig vehement für eine gesetzlich fixierte Obergrenze der Klassenstärken auf 25 einsetzen. Hier ist unser Verband gefordert, setzt doch erfolgreiches Schulleitungshandeln entsprechende Rahmenbedingungen voraus.

Aber nicht nur an dieser Stelle müssen sich die für die Strukturreform Verantwortlichen Fragen nach der Glaubwürdigkeit des Vorhabens gefallen lassen. Um es deutlich zu sagen: Zur Vereinheitlichung der SEK-I sehe ich – auch im europäischen Maßstab – keine zukunftsfähige Alternative. Man muss dann allerdings auch die Bereitschaft mitbringen, nicht zuletzt im Hinblick auf die erforderlichen Mittel für die nötigen Rahmenbedingungen zu sorgen. Insbesondere bei der finanziellen Absicherung für die Umsetzung der Strukturreform gibt es noch erheblichen Handlungsbedarf. Für Umbau, Sanierungs- und Ausstattungsmaßnahmen wird insgesamt eine Summe von 200 Mio. Euro bereitgestellt. Finanziert wird diese Summe wesentlich aus dem Investitionspakt II. Für die neuen Sekundarschulen könnten diese Gelder in der Endkonsequenz in eine erkennbare Qualitätsverbesserung des schulischen Bildungsangebots umgemünzt werden. Dass dies nur sehr bedingt der Fall sein wird, ist auf die Auflagen zur energetischen Sanierung zurückzuführen. Diese führen dazu, dass ein erheblicher Teil dieser Mittel für die pädagogische und räumliche Ausstattung der Sekundarschule nicht beansprucht werden kann. Hier muss die Frage erlaubt sein, wie bei absehbar unzureichender Ausstattung der Schulen der Anspruch auf individuelle Förderung umgesetzt werden soll.

Aber auch auf anderen, für die Qualitätsentwicklung der Schulen nicht weniger bedeutsamen Problemfeldern sieht der IBS dringenden Handlungsbedarf. Die im Zuge der Strukturreform angestrebte Ganztagschule soll möglichst bis in die Abendstunden hinein ein auch außerunterrichtliches Bildungsangebot anbieten können. Offenbar haben die Planer der Schulreform in der Senatsschulverwaltung dabei übersehen, dass die Hausmeister an den Berliner Schulen gemäß einer EU-Richtlinie ihren Dienst nur bis 17 Uhr ausüben dürfen. Um diese unhaltbare Situation endlich einer Lösung zuzuführen, fordert der IBS die Einstellung von Hauswarten für die Zeit von 17 bis 22 Uhr.

Vergleichbaren Handlungsbedarf sieht unser Verband bei der Frage einer modernen und sachgerechten Ausstattung der Schulsekretariate und der Einstellung von qualifiziertem Personal mit Sachbearbeiterstatus. Ein weiteres erhebliches Defizit bei der Umsetzung der Strukturreform hat schon in der Vergangenheit zu verschiedenen Initiativen des IBS geführt. Prozesse von Schulentwicklung können nur dann erfolgreich gesteuert werden, wenn der Schule das dazu nötige Zeitbudget zur Verfügung gestellt wird. Schon jetzt haben die Schulen mit erheblichen Überforderungs- und Stressproblemen zu kämpfen. Ohne Instrumente zur Entlastung dieser angespannten Situation lässt sich keine wie auch immer geartete Schulreform machen. Der IBS verhandelt deshalb mit dem Schulsenator die Forderung nach Einführung eines 2. Studentages für die Berliner Schule sowie der Zuweisung von fünf Prozent des Lehrerstundendeputats einer Schule für Aufgaben im Rahmen von Schulentwicklung.

Der IBS wird auch weiterhin den grundsätzlich begrüßenswerten Reformprozess der Berliner Schule kritisch begleiten und erklärt seine Bereitschaft, seine Kompetenzen konstruktiv in diesen Prozess einzubringen.

Harald Kuhn  
Vorsitzender des Interessenverbandes Berliner Schulleitungen

## Neuer (alter) Vorstand



Der Vorstand v.l.n.r.: Astrid Busse, Heinz Winkler, Harald Kuhn, Heike Körnig



Senator Zöllner stand den Mitgliedern des IBS während der Mitgliederversammlung Rede und Antwort

Auf der diesjährigen Mitgliederversammlung am 28. April 2009 wurde auch ein neuer Vorstand gewählt. Unser bisheriger Vorsitzender, Heinz Winkler, verzichtete aufgrund seiner zwischenzeitlichen Pensionierung auf eine weitere Kandidatur. Er wurde aber auf Wunsch des neuen Vorstandes als kooptiertes Vorstandsmitglied gebeten, den Verband noch eine Weile zu begleiten. Diesem Wunsch stimmte er zu. Als neuer Vorsitzender zeichnet nun Harald Kuhn für die Geschicke des Verbandes verantwortlich. Der 63-Jährige kennt die Vorstandsarbeit nur zu gut: Seit 1990 gehört er dem IBS-Vorstand an. Eine kurze Vita finden Sie auf der nächsten Seite.

**Bitte vormerken: Die Herbsttagung des IBS findet am 17.11. 2009 im Fontane-Haus in Reinickendorf statt. Thema: Schulstrukturreform – Aufbruch oder Sparmodell? Prof. Dr. Tillmann von der Universität Bielefeld wird ein entsprechendes Referat halten. Im Anschluss soll eine Podiumsdiskussion mit den bildungspolitischen Sprechern der Parteien stattfinden.**

# Der IBS-Vorstand



Vorsitzender  
Harald Kuhn



Stellv. Vorsitzende  
Heike Körnig



Stellv. Vorsitzende  
Astrid-Sabine Busse



Schatzmeister  
Siegfried Tulke



Beisitzer  
Lutz Bassin



Beisitzerin  
Manuela Gregor



Beisitzerin  
Christiane Knoppick



Beisitzer  
Joachim Luhm



Beisitzer  
Uwe Lutz



Beisitzerin  
Antonia Pienkny



Beisitzer  
Eberhard Ramfeld  
(Fortbildung)



Beisitzerin  
Martin Wagner



Ehrenvorsitzender,  
kooptiertes Mitglied  
Michael Jurczok



Kooptiertes Mitglied  
Heinz Winkler

## Geschäftsstelle des Verbandes:

Gerd Knoppick, Invalidenstraße 12, 10115 Berlin, Telefon: (030) 543 60 49, Mail: service@ibs-verband.de

## So erreichen Sie die Vorstandsmitglieder:

Die Mailadressen setzen sich aus dem Nachnamen und @ibs-verband.de zusammen. Auf der Homepage des Verbandes [www.ibs-verband.de](http://www.ibs-verband.de) finden Sie auch die Telefonnummern und dienstlichen Adressen aller Vorstandmitglieder.

## Der neue Vorsitzende:

*Harald Kuhn*

Geburtsdatum: 08. Oktober 1946  
Geburtsort: Recklinghausen, NRW

*Nach dem Besuch der Grundschule Wechsel auf das Goethe-Gymnasium in Essen-Bredeneu.*

Von 1968 bis 1972 Studium für das Lehramt in Deutsch, Geschichte und Philosophie in Essen und Bochum.

1972 Eintritt in den Schuldienst an der Nikolaus-Leuthinger-Oberschule in Berlin Spandau, die 1979 zur 5. Gesamtschule (B.-Traven-Oberschule) umgewandelt wurde.

Von 1980 bis 1989 Mitglied im Spandauer Lehrerpersonalrat.

Seit 1990 Leiter der B.-Traven-Oberschule.

Seit 1990 Vorstandsmitglied im IBS  
Seit Mai 2009 Vorsitzender des IBS

Bitte melden Sie Umzüge oder sonstige Änderungen unserer Geschäftsstelle:  
Herr Gerd KNOPPICK, Invalidenstraße 123, 10115 Berlin, Tel. 5 43 60 49, Fax 54 98 36 25  
E-Mail [g.knoppick@ibs-verband.de](mailto:g.knoppick@ibs-verband.de)

# „Bildungsmisere im Regierungsviertel – Brennen nur die Schulen in Berlin-Mitte?“

Unter diesem Titel fand am 16.05.2009 im Roten Rathaus ein Bildungskongress statt, zu dem der Landeselternausschuss gemeinsam mit der Landeschülervertretung und der AG der SchulleiterInnen in Mitte einlud. Diese Gemeinsamkeit war einmalig und hoffentlich nur der Anfang. Sie ist ein positives Resultat aus dem „Brandbrief“.

Es waren 213 Gäste erschienen, darunter der Bezirksbürgermeister von Mitte, Dr. Christian Hanke, die Bezirksstadträtin aus Mitte, Frau Dagmar Hänisch, die Bezirksstadträtin aus Reinickendorf, Frau Katrin Schultze-Berndt, die Bezirksstadträtin aus Friedrichshain-Kreuzberg, Frau Barbara Herrmann, der Landesbeirat für Integrations- und Migrationsfragen, Dr. phil. Mehmet Alpbe, Vertreter der Schulaufsicht, darunter der Referatsleiter von Mitte, Herr Detlev Thietz, SchulleiterInnen, LehrerInnen, ErzieherInnen, Sozialpädagogen/Sozialpädagoginnen, der Personalrat, Eltern, SchülerInnen und VertreterInnen Freier Träger.

Geladen waren ebenfalls Herr Senator Prof. Dr. Jürgen Zöllner und die Staatssekretärin Frau Claudia Zinke, die sich aufgrund anderweitiger Termine entschuldigten. Eine Vertretung war nicht zugegen. Auch VertreterInnen der Bezirksverordnetenversammlung waren erwünscht.

Zunächst begann der Bildungskongress nach den einleitenden Worten durch Herrn Andre Schindler, dem wir auf diesem Wege nochmals herzlich für seine Unterstützung danken, mit einer Präsentation der aktuellen Problembeschreibung der aktuellen Situationen an den Berliner Schulen, und es galt die Frage zu klären, ob sich seit dem „Brandbrief“ Entscheidendes verändert habe. SchülerInnen, LehrerInnen, SchulleiterInnen, Eltern, der Personalrat, Freie Träger äußerten sich zu der immer weiter verschärfenden prekären Situation und ihrem Unmut. In einer anschließenden Podiumsdiskussion wurden Vergleiche in den Bezirken angesprochen, in denen deutlich wurde, dass im Land Berlin „Bildung“ nur noch „mit Statistiken“ gefüllt wird. Der wahre Stellenwert von Bildung erfordere eine innere Reform. Man müsse die Basis stärken und die Förderung frühzeitig beginnen – im Kindergarten Inhalte umsetzen und die Grundschule weiter stärken.

Nach der Pause, die durch SchülerInnen des John-Lennon-Gymnasiums unterstützt wurde, trafen sich die Gäste in verschiedenen Arbeitsgruppen, die durchmischte waren mit LehrInnen, SchülerInnen, ErzieherInnen, SchulleiterInnen und Eltern. Die Themen waren unter anderem: AG 1- Verwaltungsstruktur und Eigenverantwortung; AG 2 - Bildungschancen als gesamtgesellschaftliche Forderung! Schule hat auch Grenzen!; AG 3 - Bildungsreformen oder Utopien?; AG 4 - Flucht aus den Innenstadtbezirken; AG 5 - Migration; AG 6 - Kommt das Geld auch in den Schulen an?; AG 7 - Schulinspektion- und dann?; AG 8 - Schulstruktur; AG 9 - Außerschulische Träger- geforderte und überforderte Partner an den Schulen?. Danach wurden die Ergebnisse in einem gemeinsamen Forum durch GymnasialschülerInnen des Lessing- Gymnasiums präsentiert, die die Arbeitsgruppen bei der Dokumentation unterstützten.

Insgesamt wurde mit den Teilnehmenden der AG 2, die ich leitete, (Eltern, LehrerInnen, SchülerInnen, SchulleiterInnen, ErzieherInnen) das Resümee gezogen, dass ohne entsprechende Bedingungen (Voraussetzungen, Zeit, Ausstattung, Sozialstruktur) und nur mit Engagement auf Dauer keine ausreichenden Bildungschancen zu erzielen sind, und dass es dabei ein Miteinander geben muss!

In den anderen Arbeitsgruppen gab es ähnliche Schlussfolgerungen, und einig war man sich darin, dass die Schulstruktur der Sekundarschule allein die Probleme nicht löse.

In der Auswertung nach dem Bildungskongress kamen wir zu dem Ergebnis dass das öffentliche Interesse noch zu gering, dass Bildung eine gesamtgesellschaftliche Verantwortung! sei. Wir würden uns wünschen, dass Interesse, Kommunikation und Engagement nicht nur von Seiten des Bezirkes, der Schule, Eltern und Kooperationspartnern besteht, sondern auch Verantwortung übernommen wird.

Wie wäre es denn mit Patenschaften von Prominenz und Wirtschaft für Schulen? Halten Sie Einzug in die Schulkonferenzen und unterstützen Sie Bildungschancen!

*Manuela Gregor, Schulleiterin der Schule am Zille-Park, AG Leiterin der SchulleiterInnen in Mitte, IBS-Vorstand*